

HIBS NEWSLETTER

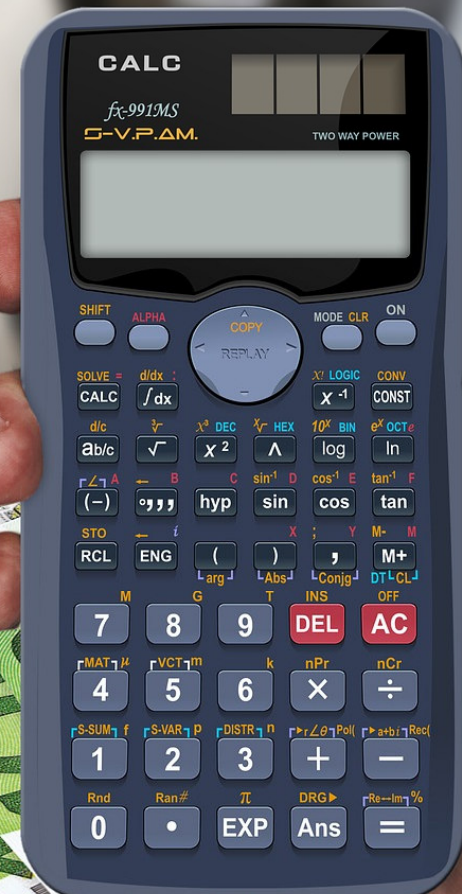
Januar 2022

Niedersachsen fördert Theaterszene

Standortsuche für Atommüll-
Endlager geht weiter

Menschenkette zum Gedenken an
die Corona-Opfer

Energiepreise explodieren CDU stellt Acht-Punkte-Plan für Energiepreisbremse auf



Inhalt

Steigende Energiepreise sind Gefahr für den Mittelstand	2
Laura Hopmann: Standortauswahlprozess für Atommüll-Endlager kritisch-konstruktiv begleiten	4
Frank Oesterhelweg: Oesterhelweg begrüßt Besuch aus Friesland im Landtag.....	4
Frank Oesterhelweg: Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar.....	5
Veronika Koch: Menschenkette zum Gedenken in Helmstedt	5
Christoph Plett: Förderschule Lernen muss in ganz Niedersachsen erhalten bleiben!.....	6
Veronika Koch: Besuch bei der neuen Gleichstellungsbeauftragten	6
Frank Oesterhelweg: Anerkennung für Wahlhelferinnen und Wahlhelfer.....	6
Veronika Koch: Koch ist Kandidatin für den CDU-Bundesvorstand	7
Thomas Ehbrecht: Freie Theaterszene – Niedersachsen fördert Produktionen und Konzeptionen mit knapp einer Million Euro.....	7
Veronika Koch: Digitaler Neujahrsempfang warf Blick auf das Wahljahr 2022.....	7
Uwe Schünemann: Niedersachsen braucht jetzt ein Integrationsgesetz!.....	8

Leitartikel



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wir, die sieben Landtagsabgeordneten innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sogenannte „HiBs“-Team. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen, machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark. Dabei ist es uns ein großes Anliegen, die Interessen der Menschen aus unseren Wahlkreisen auch direkt vor Ort zu unterstützen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit herzlichen Grüßen

Ihr „HiBs“-Team

Steigende Energiepreise sind Gefahr für den Mittelstand

CDU fordert Energiepreislösung, damit Niedersachsen weiter springt

Die steigenden Strom- und Energiepreise bereiten uns als „HiBs-Gruppe“ berechtigten Grund zur Sorge. Binnen eines Jahres sind die Energiepreise um 18,3 Prozent in die Höhe explodiert und machen dadurch satte 5,3 Prozent der Inflationsrate aus! Dieser Zustand ist eine reale und ernstzunehmende Gefahr für Deutschlands Verbraucher und Industrie. Die versprochene Führung in Berlin bleibt aus, im Gegenteil: die Ampelkoalition in Berlin hat die soziale Sprengkraft der steigenden Energiepreise nicht nur unterschätzt, sondern unlängst durch das Streichen der Förderung für energieeffizientes Bauen weiter befeuert. Wenn man bedenkt, dass sich Deutschland auch weiterhin inmitten einer globalen Pandemie befindet, sind das fatale Entwicklungen, auf welche die neue Bundesregierung keine Antworten hat

Was Scholz, Habeck und Lindner in Berlin versäumt haben, muss der niedersächsische Wirtschaftsminister Bern Althusmann (CDU) wieder ausbaden. Hierfür hat Althusmann gefordert einen Bund-Länder-Energiegipfel einzuberufen. Es ist das erklärte Ziel von Althusmann und der CDU-Landtagsfraktion konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um Mittelstand, Haushalte mit kleinen Einkommen und Industrie vor einer Katastrophe zu bewahren. Niedersachsen braucht jetzt eine Energiepreislösung! Dafür hat die CDU-Landtagsfraktion einen Acht-Punkte-Plan aufgestellt.

Abschaffung der EEG-Umlage

Die Abschaffung der EEG-Umlage kann schnelle Entlastung in den Portemonnaies der Bürgerinnen und Bürger schaffen. Diese muss sofort und nicht erst 2023 abgeschafft werden.

Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger verdoppeln

Die Bundesregierung will Haushalte mit geringem Einkommen mittels eines Heizkostenzuschusses entlasten. 135 Euro für alleinlebende Wohngeldempfänger sowie 175 Euro für Paare sind vorgesehen. Diese Summen sind ein Tropfen auf den heißen Stein! Zum Vergleich: das hierfür geplante Budget der Bundesregierung umfasst 130 Millionen Euro, in Frankreich acht Milliarden Euro. Wir fordern daher eine Verdopplung der Zuschüsse, und zwar dauerhaft statt einmalig.

Senkung der Stromsteuer

Ein weiteres effizientes Mittel ist die Senkung der Stromsteuer auf das von der EU festgelegte Mindestmaß von 0,1 Ct/KWh für Privathaushalte und auf 0,05 Ct/KWh für Gewerbe (aktueller Stand sind 2,05 Ct/KWh). Damit werden Haushalte und Wirtschaft direkt durch spürbare Maßnahmen entlastet. Zugleich werden die Voraussetzungen für den Umbau der Stahl- und der chemischen-Industrie auf klimaneutrale Produktionsweise geschaffen. Das ist die nachhaltige Verschmelzung von Klimaschutz und Wirtschaftsförderung.

„Die Ampelkoalition in Berlin hat die soziale Sprengkraft der steigenden Energiepreise völlig unterschätzt.“

Regulierung von Strom-Billiganbietern

Durch eine gezielte Regulierung von Strom-Billiganbietern können Auswüchse, wie sie aktuell hunderttausende Stromkunden durch die Massenkündigung von Stromverträgen erleben, verhindern werden. Eine einfache Handlung für direkten Verbraucherschutz.

Mehrwertsteuer für Energie und Kraftstoff senken

Aktuell wird auf die Stromsteuer auch die Mehrwertsteuer erhöht und damit in der jetzigen Marktsituation ein steuergetriebener Turbo bei den Energiepreisen erzeugt. Dasselbe gilt für die Spritpreise. Das auch auf die 65,4 Cent Energiesteuer pro Liter Benzin 19 Prozent Mehrwertsteuer aufgeschlagen werden, unerklärlich. Ein riesiger Fehler, den wir aufheben wollen. Ein erster Schritt ist die Senkung der Mehrwertsteuer für Erdgas, Erdwärme und Fernwärme sowie auf Kraftstoff auf sieben Prozent.

Steuerliche Angleichung von Diesel und Benzin stoppen

2021 hat Minister Althusmann eine Bundesrats-Initiative von Niedersachsen und Bayern mit auf den Weg gebracht, um die steuerliche Angleichung von Diesel und Benzin zu stoppen. Diese Initiative wurde leider im Bundesrat von den SPD geführten Bundesländern verhindert. Es ist absolut richtig, dass die CDU trotzdem weiter auf dieser Initiative beharrt.

Einführung einer dynamischen Pendlerpauschale

Verkehrsminister Althusmann setzt sich seit Längerem für die Einführung einer dynamischen Pendlerpauschale ein, die in Abhängigkeit zu den sich wandelnden Energiepreisen steht. Es ist auch unsere

Überzeugung, dass wir in einem Flächenland wie Niedersachsen den vielen Pendlern unter die Arme greifen müssen. Das funktioniert jedoch nicht, wenn die Pendlerpauschale in ihrem starren Korsett verharrt und das Pendeln von grüner Seite grundsätzlich verweigert wird.

Realistische Energiewende mit Augenmaß

Der letzte Punkt des Maßnahmenkataloges greift ein grundsätzliches Problem bei den explodierenden Energiepreisen auf. In der Klima- und Energiepolitik trifft Deutschland häufig zu schnell und aktionistisch Entscheidungen ohne Augenmaß. Das wirkt sich nun in Form von steigendem Energiebedarf und erhöhten Kosten aus. Die Folge ist der Verlust der Glaubwürdigkeit der Menschen gegenüber ihrer Regierung. Niedersachsen tut daher gut daran auf Übergangstechnologien wie Gas als Energieträger im System zu setzen, nationale Gasreserven zu erhöhen, in Gas- / Wasserstoff-Infrastruktur investieren und Lieferdiversität zu sichern, um Abhängigkeiten zu vermeiden. Gerade im Bereich der Wasserstofftechnologien ist Minister Althusmann bestrebt Niedersachsen zum Standort Nummer ein in Deutschland zu machen.

Dies sind acht konkrete Maßnahmen, die sofort und erheblich die Energiepreise abbremsen. Sie entlasten die sozial Schwachen. Sie schützen die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land. Sie stärken Industrie und Mittelstand und stabilisieren die wirtschaftliche Erholung. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie jede dieser Maßnahmen jetzt mit den Ländern zeitnah diskutiert und Entscheidungen trifft: nicht im Konjunktiv, sondern im Indikativ: Machen statt Philosophieren!

Laura Hopmann: Standortauswahlprozess für Atommüll-Endlager kritisch-konstruktiv begleiten

„Unsere Erfahrungen und unseren Informationsvorsprung bringen wir in den Suchprozess mit ein. Und wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, den Standortauswahlprozess kritisch-konstruktiv zu begleiten“, so die Abgeordnete. Sie freue besonders, dass man hierfür im Parlament gemeinsam an einem Strang ziehe und sich ausdrücklich zum Verfahren bekenne, das partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend, lernend und reversibel sein soll.

Gemeinsam wolle man sicherstellen, dass die Beteiligung der breiten Öffentlichkeit an diesem Suchprozess jederzeit gegeben ist und die Menschen in Niedersachsen auch tatsächlich in den Prozess eingebunden werden. „Wir haben in Niedersachsen bei der Beteiligung der Öffentlichkeit den richtigen Weg eingeschlagen“, so Hopmann. „Jetzt kommt es darauf an, ihn konsequent weiterzugehen, damit der Suchprozess auch in Zukunft transparent und nachvollziehbar bleibt.“

Für die nächste Phase im Standortauswahlverfahren habe man sich in einem fraktionsübergreifenden gemeinsamen Entschließungsantrag deshalb dafür ausgesprochen, die Öffentlichkeitsbeteiligung fortzuführen, fortlaufenden Informationsfluss sicherzustellen und weitere Beteiligungsformate einzurichten.

„Als verantwortungsbewusste Parlamentarier ist aber auch unsere Aufgabe, weiterhin für das gesetzlich geregelte Verfahren zu werben, damit unsere Bürgerinnen und Bürger ihre gesetzlich garantierten Beteiligungsmöglichkeiten kennen und auch nutzen“, sagte Hopmann. „Und wir müssen uns auch weiterhin gemeinsam dafür einsetzen, dass das Thema die öffentliche Aufmerksamkeit bekommt, die es im Sinne aller Menschen in Niedersachsen verdient.“

Frank Oesterhelweg: Oesterhelweg begrüßt Besuch aus Friesland im Landtag

Im Sommer besuchte Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg die Freiwillige Feuerwehr Minsen im Landkreis Friesland, mit dabei war auch Landtagskandidatin Katharina Jensen. Oesterhelweg, selbst Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, nahm Anregungen und Fragen seiner friesischen Kameraden bspw. zu Hilfeleistungen im Watt mit nach Hannover. Nun brachte er mit seinen ostfriesischen Kollegen Ulf Thiele und Tatjana Maier-Keil eine Landtagsanfrage zum Thema "Hilfe im Watt und im Wasser - wer ist zuständig?" auf den Weg. Zu letzten Abstimmungen dazu war Katharina Jensen gemeinsam mit der friesischen CDU-Kreisvorsitzenden Christel Bartelmei nach Hannover gekommen.



Bild: v.l.n.r.: In der Portikushalle MdL Tatjana Mailer-Keil, VP Frank Oestrhelweg, Katharina Jensen, MdL Ulf Thiele, Christel Bartelmei.

Christoph Plett und Oliver Schatta: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur fördert das LOT-Theater in Braunschweig mit

54.000 Euro!

Das LOT-Theater in Braunschweig erhält als freies Theater eine Zuwendung in Höhe von 54.000 Euro vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur. Als Teil der freien Theaterszene stellt es neben den Staats- und Stadttheatern sowie den Landesbühnen eine wichtige Säule der professionellen Theaterlandschaft in Niedersachsen dar.

[Zum Volltext](#)

Frank Oesterhelweg: Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar

Am 10. Februar ist "Tag der Kinderhospizarbeit". Der Bundesverband Kinderhospizarbeit e. V., der in diesem Jahr sein 20jähriges Jubiläum begeht, möchte nach eigenen Angaben "ein Zeichen für die lebensverkürzend erkrankten Kinder und die Menschen setzen, die jeden Tag, 365 Tage im Jahr, mit ihrer Arbeit in ambulanten und stationären Kinderhospizeinrichtungen die betroffenen Familien unterstützen." Gemeinsam mit Volker Meier, dem sozialpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, ruft Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg zur Unterstützung dieser wichtigen Arbeit auf. Oesterhelweg: "Die Hospize und Hospizvereine insgesamt leisten eine wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft. Und gerade die Kinderhospizarbeit ist eine Aufgabe, die besonders unterstützenswert ist."

Weitere Infos unter www.bundesverband-kinderhospiz.de.



Bild: v.l.n.r.: VP Oesterhelweg, MdL Volker Meyer.

Veronika Koch: Menschenkette zum Gedenken in Helmstedt

Als Gedenken an die im Landkreis Helmstedt Verstorbenen aufgrund einer Corona-Covid-19-Infektion, versammelten sich am Sonntagnachmittag viele Helmstedterinnen und Helmstedter in der Fußgängerzone der Kreisstadt. Gemeinsam mit Kirchen, Gewerkschaften hatte ein parteiübergreifendes Aktionsbündnis zu der Menschenkette aufgerufen. Auch die Landtagsabgeordnete Veronika Koch reihte sich als Mitinitiatorin in die Kette von Zollstöcken ein. "Es freut mich sehr, dass es mit dieser Aktion gelungen ist, ein Zeichen des stillen Gedenkens an die durch die Pandemie Verstorbenen zu setzen", sagte Koch im Anschluss an die medial begleitete Aktion.



[Zum Volltext](#)

Christoph Plett: Förderschule Lernen muss in ganz Niedersachsen erhalten bleiben!

Nach wie vor hohe Anmeldezahlen zeigen eindrucksvoll, wie gefragt die Förderschulen Lernen bei Schülern und Eltern sind. Für einige Schüler liegt hier einfach die beste Lernumgebung, nicht an einer Regelschule. Hier muss die Wahlfreiheit erhalten bleiben!

[Zum Volltext](#)

Veronika Koch: Besuch bei der neuen Gleichstellungsbeauftragten

Einen Antrittsbesuch bei Sonja Klein, der neuen Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Helmstedt, unternahm die Landtagsabgeordnete Veronika Koch. Gleich am Beginn des neuen Jahres tauschten sie sich über Themen wie Frauen in Führungspositionen und moderne Arbeitsbedingungen einer ausgewogenen Work-Life-Balance aus. "Sonja Klein hat bereits gute Ideen, wie sie in ihrer neuen Funktion Impulse setzen möchte. Sicher ergeben sich in unserer Arbeit Synergieeffekte und auf die Zusammenarbeit freue mich schon sehr", sagte Koch während des Besuchs in den Räumen der Kreisverwaltung Helmstedt.



Frank Oesterhelweg: Anerkennung für Wahlhelferinnen und Wahlhelfer

"Für die Durchführung demokratischer Wahlen auf allen Ebenen sind sie unverzichtbar, kein Gemeinderat und kein Parlament könnte ohne ihren Einsatz gewählt werden: Ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer haben in unserer Demokratie eine besonders wichtige Aufgabe", so Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg und Andre Bock, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Hannover.

Für ihren fast ganztägigen Einsatz - zumeist Einweisung vor Öffnung der Wahllokale, eine längere "Schicht" bei der Wahl selbst, Auszählen der Ergebnisse bis teilweise weit in die Nacht hinein - bekommen sie eine Pauschalentschädigung, ein sogenanntes "Erfrischungsgeld", das die jeweilige Gemeinde festzulegen hat. Diese wiederum orientiert sich dabei meistens an einer Empfehlung, die in der Niedersächsischen Landeswahlordnung (NLWO) gegeben wird: Höchstens 25€. Im Gegensatz zu bspw. Sitzungsgeldern für Ratsmitglieder ist diese Entschädigung lange nicht angepasst worden. Das wollen Frank Oesterhelweg und Andre Bock nach Hinweisen aus dem kommunalen Bereich ändern: "Wir sind der Meinung, dass das Land die Empfehlung für die Erfrischungsgelder der Wahlhelferinnen und Wahlhelfer deutlich nach oben anpassen muss. Wir halten es zudem für sinnvoll, eine verbindliche Regelung in die einschlägigen kommunalen Satzungen aufzunehmen und das Erfrischungsgeld an die Höhe eines doppelten Sitzungsgeldes für Ratsmitglieder zu koppeln. Ein solches doppeltes Sitzungsgeld wird gezahlt, wenn eine Sitzung deutlich länger als bspw. fünf oder sechs Stunden dauert. Das halten wir für fair und angemessen."



Bild: v.l.n.r.: VP Frank Oesterhelweg, MdL André Bock.

Aus dem Plenum

Veronika Koch: Koch ist Kandidatin für den CDU-Bundesvorstand

Veronika Koch war Kandidatin für den CDU-Bundesvorstand auf dem bevorstehenden digitalen Parteitag am 22. Januar 2022. Die Niedersächsische Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitikerin aus Helmstedt ging für die Niedersachsen Union für eine der 26 Beisitzerpositionen ins Rennen. Bislang stehen 39 Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl. Der Braunschweiger CDU-Landesvorsitzende Frank Oesterhelweg hatte die profilierte Landespolitikerin vorgeschlagen und freut sich nun, dass der Personalvorschlag im gesamt-niedersächsischen Landesverband auf große Zustimmung stieß. „Gemeinsam mit Friedrich Merz als neuen Parteivorsitzenden möchte ich im Bundesvorstand dazu beitragen, dass die CDU neuen Schwung gewinnt und als Volkspartei der Mitte ihre breite Verwurzelung in der Fläche Deutschlands behält“, sagte Koch während eines Treffens mit Oesterhelweg in Hannover.



[Zum Volltext](#)

Thomas Ehbrecht: Freie Theaterszene – Niedersachsen fördert Produktionen und Konzeptionen mit knapp einer Million Euro

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur unterstützt die professionellen freien Theater mit knapp einer Million Euro. 470.000 Euro davon entfallen auf die Förderung von 26 Produktionen, mit 505.000 Euro pro Jahr werden 21 Theater für drei Jahre konzeptionell gefördert.

[Zum Volltext](#)

Veronika Koch: Digitaler Neujahrsempfang warf Blick auf das Wahljahr 2022

Zu einem digitalen Neujahrsempfang lud Veronika Koch die Funktionsträger ihrer Helmstedter CDU Helmstedt ein. "Mein erster Empfang ... in Jogginghose. Mit regionalen Snacks, die wir zuvor verteilt haben, wurde es ein geselliger Abend mit lieben Freunden, aber es wurde auch gearbeitet", so die Landtagsabgeordnete. Denn passend zum Thema des Abends konnte sie den Generalsekretär der CDU in Niedersachsen und Landtagskollegen Sebastian Lechner gewinnen.

[Zum Volltext](#)

Uwe Schünemann: Niedersachsen braucht jetzt ein Integrationsgesetz!

Uwe Schünemann legt Eckpunkte für Gesetzesentwurf vor

Zugegeben, es ist nicht das erste Mal, dass wir als CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag ein Integrationsgesetz auf den Weg bringen wollten. Doch als wir 2015/16 einen solchen Antrag im Landtag einbrachten, um die Folgen der Flüchtlingskrise abzufedern, wurde dieser von der damaligen Regierung aus SPD und Grünen abgewiesen.

Die Auswirkungen sind klar erkennbar und haben seitdem etliche Stunden in Debatten eingenommen. Es droht nun die Gefahr, dass sich Deutschland zum wiederholten Male ein Migrationsprojekt aufbürdet, ohne auf die organisatorischen Folgen und vor allem die Integration der Migranten vorbereitet zu sein. Wir erleben in Niedersachsen bereits eine steigende Zahl an Asylbewerbern sowie eine hohe Arbeitslosenquote bei Migranten. Die neue „Ampel-Koalition“ auf Bundesebene bietet hierauf keine Antwort. Stattdessen stehen im Koalitionsvertrag der „Bundes-Ampel“ zahlreiche Pull-Faktoren für weitere Migration. Darum braucht es jetzt ein Integrationsgesetz!

Ein niedersächsisches Integrationsgesetz muss als Vertrag auf Gegenseitigkeit beruhen: nach dem Prinzip „fordern und fördern“. In diese Förderung fallen Menschen mit Migrationshintergrund, die sich dauerhaft und rechtmäßig in Niedersachsen aufhalten, die eine gute Prognose für ein Daueraufenthaltsrecht haben und Deutsche mit Migrationshintergrund, die in bestimmter Weise integrationsbedürftig sind. Dem Anspruch auf bedarfsgerechte Integrationsmaßnahmen und finanzielle Unterstützung kann stattgegeben werden, wenn gleichzeitig die Verpflichtung zur Achtung der hiesigen Grundsätze des Zusammenlebens erkennbar ist. Dies verlangt von allen Migranten eine eigene Integrationsleistung ab.

Niedersachsen erfüllt dafür seinen Part der Integration. Leittragende der steigenden Zahl von Migranten sind vor allem die Kommunen, welche die Aufnahmekapazität stellen müssen. Eine bessere Steuerung durch die Schaffung von Netzwerken der Integrationsanbieter wie Kommunen, Bildungseinrichtungen, Jobcenter, Arbeitgeberverbänden und ehrenamtlichen Initiativen, ist daher unabdingbar.

Besonders wichtig ist uns als CDU vor allem die Fähigkeit der deutschen Sprache. Sie ist der Schlüssel zur Integration. Für den maximalen Erfolg in der Erlangung deutscher Sprachkenntnisse, braucht es individuelle verpflichtende Deutschkurse, abgestimmt auf das Sprachniveau und die berufliche Perspektive des Einzelnen. Der Sprachunterricht muss gekoppelt sein an ein direktes Verständnis einer deutschen Leitkultur. Eine solche Leitkultur kann beispielsweise Rechtskunde, heimischen Kultur-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie unsere unverhandelbaren Grundrechte beinhalten.

Auf diesem Weg der Integration muss für uns klar sein: Wer bleiben darf, muss sich integrieren. Wer sich nicht integrieren will, muss mit Konsequenzen rechnen. Niedersachsen muss daher ein konsequentes Sanktionssystem durchsetzen, indem diejenigen sanktioniert werden, die sich dem Erwerb der deutschen Sprache oder anderen aufgezählten Integrationsbedingungen verwehren. Beachtung der Gleichberechtigung und der sexuellen Identität, Verhinderung von „Zwangsheirat“ oder „Kinderehen“ sowie die Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Religionen, sind solche Bedingungen. Nur so können wir die immer noch weit verbreiteten und kulturell bedingten Defizite beheben.

Die „HiBs-Gruppe“

Thomas Ehbrecht
Laura Hopmann
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Oliver Schatta
Uwe Schünemann

Impressum

Herausgeber:
„HiBs“-Gruppe im niedersächsischen Landtag

Verantwortlicher:
c/o Uwe Schünemann MdL
stellv. Fraktionsvorsitzender

Redaktion

Luca Heinemann
Politischer Referent
Reinhäuser Landstraße 5
37083 Göttingen
Mail: hibs-team.heinemann@outlook.de

Landtag live

22.- 24. März 2022

Livestream: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtag/index.html>